Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 37 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,00 außer Postgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf tagsüber 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Dienstag, 21. Januar

Anzeigenpreis: Einspalt. Inserenten je Zeile 25 Pfg., auswärtige je Zeile 35 Pfg. — Reklamezeile 1 Mk. Rabatt nach Tarif, jedoch nur bei verlustfreier Kasse.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Eine Erklärung

Die Deutschnationale Volkspartei im Wahlkreis Merseburg-Erfurt hat für die Wahl zur Preußischen verfassunggebenden Landesversammlung nicht die Verbindung ihres Wahlvorschlages mit denen der anderen bürgerlichen Parteien erreicht.

Das Fehlschlagen ihrer Bemühungen, die sie bis zur letzten Stunde vor Ablauf der vorgeschriebenen Frist zur Einreichung der Anträge auf Listenverbindung fortgesetzt hat, ist um so bemerkenswerter, als acht Tage zuvor die Deutsche Volkspartei, die Mittelstandspartei und die Christliche Volkspartei für die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung ihre Wahlvorschläge ohne Einwendungen bereitwillig mit dem Wahlvorschlag der Deutschnationalen Volkspartei verbunden hatten. Eine allgemeine Listenverbindung zwischen den bürgerlichen Parteien, also einschließlich der deutschen demokratischen Volkspartei, war anläßlich der Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung am Widerspruch der letzteren Partei gescheitert. Auch die übrigen bürgerlichen Parteien nicht auch für die Wahlen zur Preußischen Landesversammlung den Zusammenschluß herbeiführen, ist nach den uns gewordenen Mitteilungen auf das abweichende Vorgehen desjenigen Teiles der Deutschen Volkspartei zurückzuführen, der in der Stadt Merseburg und in Eisleben seinen Sitz hat. Vorstandsmitglieder dieses Teils der Partei setzten sich darüber hinweg, daß die Gruppe ihrer Partei im Regierungsbezirk Erfurt bereits sich mit der Deutschnationalen Volkspartei durch Aufstellung einer gemeinsamen Vorschlagsliste vereinigt hatte. So ist in die Vorschlagsliste der Deutschnationalen Volkspartei der Senior Fischer aus Erfurt als Mitglied der Deutschen Volkspartei und als von ihr vorgeschlagener Kandidat an 5., also betreffs der Wahl aussichtsreicher Stelle aufgenommen worden.

Die Vorstandsmitglieder der Deutschen Volkspartei setzten sich vielmehr nach ihren Angaben durch Mitteilungen aus dem Kreise ihrer Parteimitglieder bestimmen, wonach bei einem Anschluß der Partei an die deutschdemokratische der Zuzug zu ihr sich nicht mindern werde. Eine Beeinflussung nach dieser Richtung soll nach Angabe der Leitung in Merseburg, insbesondere von der Mittelstandspartei in Eisleben ausgegangen sein, die für die preußischen Wahlen sich mit der Volkspartei vereinigte. Die Christliche Volkspartei fügte sich in die, durch das Vorgehen der deutschen Volkspartei veränderte Lage, zumal ihre Partei in anderen Bezirken mit der deutschdemokratischen Partei betreffs der Listenverbindung zusammengeht.

Auch der Versuch der Deutschnationalen Volkspartei, durch weitgehendes Entgegenkommen gegenüber der deutschdemokratischen Partei den Weg zu einem Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien in letzter Stunde zu finden, scheiterte an der entschiedenen Ablehnung der deutschdemokratischen Partei, die bei Annahme des Vorschlages fürchtete, etwa 150 000 Wähler durch Abgabe an die Sozialdemokratie zu verlieren. So ist das bedauerliche Ergebnis zu verzeichnen, daß das redliche Bemühen der Deutschnationalen Volkspartei eine allgemeine Einigung der bürgerlichen Parteien zu erzielen, oder wenigstens den gleichen Zusammenschluß der Parteien, wie zur Deutschen Nationalversammlung herbeizuführen, gescheitert ist. Bis zur Stunde hat die Deutschnationale Volkspartei berechtigte Zweifel, ob das Vorgehen des von Pastor Busch in Merseburg geführten Teils der Deutschen Volkspartei der Mehrzahl der Mitglieder dieser Partei und vor allem der Gesamtleitung in Berlin genehm ist.

Es ist also die Eigenart der Sachlage hervorzuheben, die sich darin kennzeichnet, daß die Deutsche Volkspartei im Wahlkreis Merseburg-Erfurt in zwei Hälften zerfällt. Die eine Hälfte, die Gruppe im Regierungsbezirk Erfurt, hat mit der Deutschnationalen Volkspartei für die Wahlen zur Preußischen Landesversammlung eine gemeinsame Liste aufgestellt; hier ist also die engste Verbindung der Parteien erzielt worden, während die Gruppe in Merseburg nicht nur ihre besondere Liste aufstellte, sondern zuletzt ihre Liste mit der deutschdemokratischen Partei verband.

Deutschnationale Volkspartei
Landesverband Merseburg.

*

Das Ergebnis in Berlin

Berlin, 20. Januar.

Als vorläufiges Wahlergebnis für den Wahlkreis Stadt Berlin, 3. Wahlkreis, wird bis 10 Uhr vormittags gemeldet: Demokraten 63 168, Mehrheitssozialisten 158 101, Unabhängige 16 865, Deutsche Volkspartei 17 852, Deutschnationale Volkspartei 63 421, Zentrum 17 669. Danach wären nach dem Verhältniswahlrecht gewählt: 5 Mehrheitssozialisten, 4 Unabhängige, 5 Demokraten, 8 Reichsblock.

Die Feststellung des Wahlresultates wird eine erhebliche Verzögerung erfahren, da von verschiedenen Seiten, besonders von den Unabhängigen, Proteste gegen die Mehrheitssozialisten erhoben worden sind. Diese haben vielfach Stimmzettel abgegeben, welche am Kopfe die Worte trugen: Liste der sozialdemokratischen Partei, was die Protestler nicht für zulässig halten. Die Mehrheitssozialisten wiederum erklären, daß diese Ueberschrift wohl zulässig und in anderen Bundesstaaten sogar Vorschrift sei. Ferner ist vielfach für die Stimmzettel gelbes statt weißes Papier benutzt worden. Die Wahlvorsteher sind jetzt dabei, die weißen von den gelben Stimmzetteln zu scheiden und sie abgesondert zu zählen. Dabei werden sich neue Schwierigkeiten ergeben, da man über die Farbenschattierung verschiedener Ansicht sein wird. Die endgültige Entscheidung über Gültigkeit oder Ungültigkeit der betreffenden Stimmzettel dürfte erst der Wahlprüfungskommission der Nationalversammlung vorbehalten bleiben.

Liebknecht kein Agitationsobjekt mehr

Berlin, 20. Januar.

Auf Grund der vorgenommenen Obduktion der Leiche Liebknechts kommt das vorläufige Gutachten zu dem Ergebnis, daß der Verstorbene drei Schußverletzungen erlitten hat. Der Tod ist auf die Stirn- und Schädelverletzungen infolge Kopfschusses von hinten zurückzuführen. Die vorgefundene Schädelzertrümmerung wird durch den Schuß vollkommen erklärt. Anhaltspunkte für eine schwere Verletzung durch stumpfe Gewalt sind nicht vorhanden.

Der namhafteste Führer der U. S. P. D. kam nach der Obduktion selbst zu der Ueberzeugung, daß die Tötung Liebknechts als Agitationsstoff selber nicht länger verwendet werden könne.

*

Karolyi und Mackensen

Wien, 20. Januar.

Zu der Nachricht, daß Feldmarschall Mackensen auf Schloß Pudak bei Neusatz nicht bloß interniert, sondern in einer wirklich strengen Haft gehalten wird, wird mitgeteilt, daß die strenge Behandlung auf Anregung des Grafen Karolyi und des ungarischen Kriegsministers erfolgt sei. Es wurde angeblich in maßgebenden ungarischen Kreisen befürchtet, daß bei der großen Popularität des Feldmarschalls eine Bewegung gegenrevolutionärer Natur entstehen könnte, die sich des Feldmarschalls bedienen könnte. (?) Diese Befürchtung veranlaßte den Grafen Karolyi, bei den Franzosen darauf zu dringen, Mackensen unschädlich zu machen, da seine Anwesenheit eine Gefahr bedeute. Die französischen Offiziere, welche den Befehl erhielten, die Verhaftung Mackensens vorzunehmen, verhehlten diesem gegenüber nicht ihre Anschauung über diese Maßregel. Um diese Angelegenheit in ihrer ganzen Widerwärtigkeit und den Grafen Karolyi in seiner sittlichen Eigenart zu kennzeichnen, sei noch daran erinnert, daß der Graf zu Anfang die Vorgänge so hat darstellen lassen, als sei er durch die Forderung des französischen Oberkommandanten zur Internierung Mackensens überrascht und gezwungen worden, der Retter Ungarns nach Budapest zu rufen und dort verhaften zu lassen.

*

Beilegung des Streiks in Schlesien?

Breslau, 20. Januar.

Die Pressestelle des Volksrats zu Berlin, Zentralrat für die Provinz Schlesien, teilt mit: Der Oberschlesische Generalstreik dürfte demnächst beigelegt sein. Die Vertreter der Bergarbeiterschaft, einschließlich der polnischen Berufsvertreter, haben heute beschlossen, daß von morgen ab alle Belegschaften wieder einzufahren haben und die Arbeit in vollem Umfange aufzunehmen hätten. Irgendwelche finanziellen Zugeständnisse der Oberschlesischen Industrie mit den Bergarbeitern konnten nicht gemacht werden. Die Gewerkschaftsführer stehen in dieser Frage ausnahmslos auf dem Standpunkte der Werke und boten ihren ganzen Einfluß auf, um der Arbeiterschaft begreiflich zu machen, daß übertriebene Lohnforderungen ganz Oberschlesien zugrunde richten müßten. Der Beschluß auf Wiederaufnahme der Arbeit wurde gefaßt, nachdem bekannt geworden war, daß die Regierung eine Kommission für die Vorarbeiten zur Sozialisierung der Oberschlesischen Bergwerksbetriebe eingesetzt hat.

*

Die Lage in Posen

Bromberg, 19. Januar.

Amtlich. Ein Erkundungsvorstoß in Richtung Lobischin drang nach Erstürmung der Brücke Alt-Dombie und Obuzyna bis auf etwa einen Kilometer an Lobischin heran. Es wurden 12 Gefangene, mehrere Fahrzeuge und Pferde eingebracht. Patrouillenkämpfe bei Ruden und beiderseits Artilleriefeuer. Die im gestrigen Bericht genannte Schleuse VI liegt bei Bittendorf.

Ein Mannschaftszug fuhr am 19. Januar bei Groß-Neudorf vor. Eine in dieser Gegend stehende polnische Abteilung mit Artillerie ging bei seinem Herannahen kampflos zurück. Sonst nur Patrouillenkämpfe.

Berlin, 20. Januar.

Die Familien der Unteroffiziere usw. in Posen, zum großen Teil dort heimatständig, sind aus der Stadt Posen ausgewiesen worden, und zwar in einer Form, die für sie Zurücklassung und damit den Verlust ihres Eigentums bedeutet, da sich die Polen in die Wohnungen setzen. Das Gleiche ist in Ostrowo der Fall.

In der Gegend von Grone an der Brahe wie auch in anderen gemischtsprachigen Bromberger und westpreußischen Bezirken, werden die gedienten polnischen Mannschaften aufgefordert, sich nach Hohensalza zum Kampfe für Polen, möglichst mit Waffen und Munition, selbst große Messer sind erwünscht, zu begeben.

Zur Aufbringung der Kosten für die Besoldung der polnischen Soldaten wird bereits im Kreise Pleschen durch den polnischen A.- und S.-Rat von den deutschen Bauern eine Wochensteuer erhoben. Die Verordnungen des Posener Polizeipräsidiums sind nur polnisch gehalten, obwohl über zwei Fünftel der Bevölkerung der Stadt Deutsche und zum großen Teil der polnischen Sprache gar nicht mächtig sind. In Ostrowo werden den deutschen Mietern auf Verordnung hin die Wohnungen gekündigt, während den deutschen Hauseigentümern verboten wird, ihrerseits jemandem zu kündigen, so daß also die deutsche Bevölkerung gewaltsam zur Auswanderung gezwungen wird.

Polenführer wegen Hochverrats verhaftet

Danzig, 20. Januar.

Auf Grund vorgefundener Waffen und wegen hochverräterischer Propaganda wurden in den kassubischen Kreisen Karthaus und Putzig sechs Polenführer, darunter einige christliche, verhaftet und nach der Festung Weichselmünde gebracht.

Sozialistische Mißwirtschaft

Einer der Köder, mit denen die Sozialdemokratenführer das deutsche Volk zur Revolution verlocken, war die trügerische Aussicht auf die mit einem schnellen Friedensschluß alsbald eintretende Verbesserung und Verbilligung der Ernährung. Statt ihrer ist bekanntlich infolge der Unordnung der Revolution die Gefahr der Hungersnot heraufbeschworen, selbst die notwendigsten Lebensmittel drohen immer knapper zu werden. Die Kartoffelversorgung der Großstädte beginnt zu stocken, und obendrein ist jetzt in Berlin, ebenso wie in anderen Großstädten, der Kartoffelpreis, der mit 10 Pfg. schon empfindlich hoch war, um weitere 2 Pfg., auf 12 Pfg. für das Pfund erhöht worden, ein Vorgehen, das gegenwärtig kurze Zeit nach der Kartoffelernte, höchst befremdlich ist und für die kommenden Monate sehr trübe Aussichten eröffnet. Unwissende oder böswillige Leute sind selbstverständlich sofort wieder bei der Hand, um gegen die „wucherischen Agrarier" zu hetzen. Dabei könnte jeder wissen, daß die Landwirte mit dieser Preisschrauberei nichts zu tun und von ihr nicht den geringsten Vorteil haben. Es handelt sich vielmehr um eine Maßnahme, die der Arbeitsausschuß der Groß-Berliner Gemeinden beschlossen hat. Auch in Hamburg, Dresden, Essen, Breslau, Köln, München usw. sind die Kartoffelpreise durch Beschluß der Gemeinden erhöht. Der Preis für Kartoffeln, der bei direktem Bezuge vom Landwirt vor wenigen Jahren in Pommern 1,75 bis 2 Mk. und noch im zweiten Kriegsjahr selbst im industriellen Sachsen 3 Mk. betrug, ist durch die Maßnahmen der Zwangsbelieferung damit allerdings auf eine Höhe hinaufgetrieben, die dieses notwendigste Nahrungsmittel manchen Bevölkerungsschichten fast unerschwinglich macht. Und sehr bezeichnend sind die Gründe, die der Arbeitsausschuß der Groß-Berliner Gemeinden für die Preiserhöhung angibt: „sie erscheint in diesem Jahre unbedingt notwendig, um die Gemeinden vor allzu großen finanziellen Verlusten zu bewahren; denn bei der Steigerung sämtlicher notwendigen Aufwendungen, insbesondere für die überaus hohen Arbeitslöhne und Beförderungskosten, hat sich der Gestehungspreis der Kartoffeln soweit erhöht, daß selbst bei Heraufsetzung auf 12 Pfg. in den meisten größeren Bedarfsgemeinden nicht einmal die Gestehungskosten voll zur Deckung gelangen."

Kurz gesagt: Die sozialistische Mißwirtschaft mit ihren unsinnigen Lohnschraubereien trägt die Schuld, daß das wichtigste Volksnahrungsmittel weiter verteuert wird. Diese sozialistische Mißwirtschaft ist auch der Grund für die Kartoffelknappheit in den Großstädten. Denn die sinnlos hohen Unterstützungen an Arbeitslose, vielfach Arbeitsunlustige, die in den Großstädten ausgezahlt werden, haben dort Hunderttausende von kräftigen Leuten zurückgehalten, während draußen die Kartoffelernte nicht eingebracht werden konnte und zum Teil sogar verloren ging. Und um die riesigen Summen, in Groß-Berlin täglich Millionen allein an Arbeitslosenunterstützungen, die unter dem sozialistischen Regime verlam werden, wieder einzudringen, wählt man sich die Kartoffel als Belastungsobjekt! Der Kartoffelpreis soll möglichst in allen Gemeinden die so künstlich emporgeschraubten Gestehungskosten „voll" decken; das ist die soziale Weisheit unter der Revolution! So sieht die Erfüllung der Versprechungen aus, mit denen die Sozialdemokratenführer die Ebert und Scheidemann das deutsche Volk für die Revolution geködert haben!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901211-16/fragment/page=0001

Der Reichsverfassungsentwurf

Der heute veröffentlichte Entwurf des allgemeinen Teiles der künftigen Reichsverfassung, worüber die Nationalversammlung zu beschließen haben wird, enthält unter anderem folgende Bestimmungen:

Erster Abschnitt. Das Reich und die deutschen Freistaaten.

§ 1. Das Deutsche Reich besteht aus seinen bisherigen Gliedstaaten, sowie aus den Gebieten deren Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechtes Aufnahme in das Reich begehrt und durch ein Reichsgesetz aufgenommen wird.

§ 2. Alle Staatsgewalt liegt beim deutschen Volke. Sie wird in den Reichsangelegenheiten durch die auf Grund der Reichsverfassung bestehenden Organe ausgeübt, in den Landesangelegenheiten durch die deutschen Freistaaten nach Maßgabe ihrer Landesverfassung. Das Reich erkennt das geltende Völkerrecht als bindenden Bestandteil seines eigenen Rechtes an.

§ 3. Reichsangelegenheiten sind die Beziehungen zum Auslande, die Verteidigung des Reiches, die Zölle, der Handel einschließlich des Bank-, Börsen-, Münz-, Maß- und Gewichtswesens, das öffentliche Verkehrswesen, und zwar die Eisenbahnen, soweit sie bisher Staatsbahnen waren, die Binnenschiffahrt auf den mehreren deutschen Freistaaten gemeinsamen Wasserstraßen, die Post und Telegraphie und der Verkehr mit Kraftfahrzeugen zu Lande und in der Luft.

§ 4. Der Gesetzgebung des Reiches unterliegen ferner u. a.: die Staatsangehörigkeit, die Freizügigkeit, das Armenwesen, das Paßwesen, die Fremdenpolizei, die Ein- und Auswanderung, das bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren, das Arbeiterrecht, die Seeschiffahrt, die Bodengesetzgebung, das Presse-, Vereins- und Versammlungswesen, das Gesundheitswesen, Versicherungswesen, Kirche und Schule im Rahmen der §§ 19 und 20.

§ 5. Reichsrecht bricht Landesrecht.

Zweiter Abschnitt. Die Grundrechte des deutschen Volkes.

§ 8. Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleichberechtigt. Alle Vorrechte oder rechtlichen Nachteile der Geburt, des Standes, Berufs oder Glaubens sind beseitigt, ihre Wiederherstellung durch Gesetz oder Verwaltung ist verfassungswidrig.

§ 19. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen ist innerhalb der Schranken der Sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung gewährleistet. Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden, niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung oder seine Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft zu offenbaren. Die Behörden haben nicht das Recht, darnach zu fragen.

§ 20. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Der Unterricht soll allen Deutschen gleichmäßig nach Maßgabe der Befähigung zugänglich sein.

§ 28. Zur Wiederbevölkerung des platten Landes usw. ist im Wege umfassender Binnensiedelung die bestehende Großgrundbesitzverteilung in den Gebietsteilen zu ändern, in denen eine gesunde Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbesitz noch nicht besteht.

§ 29. Die fremdsprachlichen Volksteile innerhalb des Reiches dürfen durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in der ihnen eigenen volkstümlichen Entwicklung beeinflußt werden, insbesondere nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache beim Unterricht, sowie bei der inneren Verwaltung und der Rechtsprechung innerhalb der von ihnen bewohnten Landesteile.

Dritter Abschnitt. Der Reichstag.

§ 30. Der Reichstag besteht aus zwei Häusern, dem Volkshaus und dem Staatenhause.

§ 31. Das Volkshaus besteht aus den Abgeordneten des einheitlichen deutschen Volkes. Die Abgeordneten werden in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen von allen über 20 Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

§ 32. Das Staatenhaus besteht aus den Abgeordneten der deutschen Freistaaten.

§ 33. Dabei entfällt grundsätzlich auf eine Million Landeseinwohner ein Abgeordneter. Kein deutscher Freistaat wird durch mehr als ein Drittel aller Abgeordneten vertreten sein.

§ 37. Die Wahlperiode dauert für beide Häuser drei Jahre.

§ 38. Niemand kann gleichzeitig Mitglied beider Häuser sein.

Vierter Abschnitt. Der Reichspräsident und die Reichsregierung.

§ 58. Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt. Wählbar ist, wer das 35. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens zehn Jahren Deutscher ist.

§ 59. Der Reichspräsident hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reiches Bündnisse und andere Verträge mit auswärtigen Mächten einzugehen, sowie Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen. Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgt durch Reichsgesetz. Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Reichstages. Sobald ein Völkerbund mit dem Ziele des Ausschlusses aller geheimen Verträge geschlossen ist, bedürfen alle Verträge mit den im Völkerbund vereinigten Staaten der Zustimmung des Reichstages.

§ 66. Der Reichspräsident wird im Falle der Verhinderung durch den Präsidenten des Staatenhauses vertreten. Dauert die Verhinderung voraussichtlich länger als drei Monate, so ist die Vertretung durch Reichsgesetz zu regeln.

§ 67. Das Amt des Reichspräsidenten dauert sieben Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

§ 68. Die Reichsregierung besteht aus dem Reichskanzler und der erforderlichen Zahl von Reichsministern.

§ 69. Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt.

§ 70. Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Volkshauses. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm das Volkshaus das Vertrauen durch einen ausdrücklichen Beschluß entzieht.

Zu dem Entwurf der künftigen Reichsverfassung veröffentlicht das Wolffsche Büro einleitende Bemerkungen, in denen es heißt:

Das deutsche Volk erhält zu seiner Entwickelung die freieste Verfassung der Welt, staatliche Freiheit, politische Freiheit, persönliche Freiheit, Gewissensfreiheit. Die parlamentarische Demokratie, in der alle politische Gewalt vom Volkswillen ausgeht, soll die Regierungsform des deutschen Reiches werden. Der Reichspräsident ist für Wahl und Wiederwahl vom Parlament unabhängig. Seine sämtlichen Regierungsfunktionen kann er nur unter der verantwortlichen Mitwirkung der von ihm ernannten, jedoch vom Vertrauen des Parlaments abhängigen Reichsminister ausüben. Die Aufgabe der einzelnen deutschen Freistaaten wird die höchstpotenzierte Selbstverwaltung sein.

*

Wie von zuverlässiger Stelle verlautet, sind die Vertreter der zwischenstaatlichen Regierung für nächsten Sonnabend nach Berlin geladen zu einer Besprechung über den Entwurf zur Reichsverfassung. Alsdann wird die Reichsregierung zu dem Entwurf Stellung nehmen.

Beschaffung der landwirtschaftlichen Maschinen

Um die geforderten landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte — 400 Dampfpflugsätze, 6500 Sämaschinen, 6500 Düngerstreumaschinen, 6500 Einscharpflüge, 6500 Brabantpflüge, 12 500 Eggen, 6500 Messeregen, 2500 Stahlwalzen, 2500 Crosskillwalzen, 2500 Grasmähmaschinen, 2500 Heuwender, 300 Bindemäher — zur Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen in kürzester Zeit anschaffen zu können, werden hierdurch alle Fabriken und Handlungen, welche unter Veräußerlichung des dringendsten einheimischen Bedarfes, irgendwie Bestände dieser Maschinen neu oder gebraucht in tadellosem Zustande besitzen, aufgefordert, telegraphisch bis zum 22. Januar zu melden, mit Bindung an Preis und Lieferzeit:

a) Zahl, Konstruktion und Preis ab Fabrik bezw. ab Lager, einschließlich des nötigen Zubehörs, Lieferbar am 1. März 1919,

b) Zahl und Preis ab Fabrik bezw. ab Lager bei nach ihrer Ansicht für eine Gebrauchsdauer von 18 Monaten notwendigen und vorhandenen Ersatzteile pro Maschine, lieferbar am 1. März 1919;

c) Möglichkeit weiterer Lieferungen ad a und b auf 1. April 1919, 1. Mai 1919, 1. Juni 1919.

Die Depeschen sind zu richten an den Nachrichtenschutz für Maschinenindustrie, Charlottenburg 2, Schillerstraße 10, wohin auch sofortige schriftliche Bestellungen mit Katalogen und Abbildungen zu senden sind.

Deutsche Waffenstillstandskommission.
Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender.

*

Haftbefehl gegen Eichhorn

Gegen den verfolgenden Polizeipräsidenten Eichhorn, wohnhaft Berlin, Langenbeckstraße 9, jetzt unbekannten Aufenthaltes, ist vom Untersuchungsrichter beim Landgericht I ein Haftbefehl erlassen worden. Er ist dringend verdächtig, gegen verschiedene Paragraphen des Reichsstrafgesetzbuches sich vergangen zu haben, und der Haftbefehl rechtfertigt sich, weil er sich verborgen hält und bei der Unsicherheit der gegenwärtigen Verhältnisse Gelegenheit hat, ins Ausland zu entkommen.

*

Das britische Mittelmeergeschwader

London, 19. Januar.

„Sunday Expreß" erfährt, die britische Regierung beabsichtigte, das britische Mittelmeergeschwader wieder einzurichten. Die britischen Streitkräfte sollen in diesen Gewässern künftighin durch ein besonders starkes Geschwader vertreten sein. Die Basis des Geschwaders wird Malta sein.

Für unsere Unteroffiziere!

Neben dem Offizierstand hat auch der zahlenmäßig noch viel stärkere Unteroffizierstand das Recht, daß ihm Stimme im Volke gehört wird und daß auch an ihm mancherlei Unrecht schleunigst — zum mindesten durch die Nationalversammlung — gutgemacht wird. In Kriegs- und Friedenszeiten bildete der pflichttreue Stand der Unteroffiziere das Gerippe der inneren Organisation jeder Truppe, war der Träger der Disziplin und das Organ der Einzelausbildung unseres Heeres. Ohne ihn ist die vom Berufsoffizier geleitete Ausbildung und Führung einer Truppe unmöglich; ohne ihn, der durch die Kraft seiner langen Dienstzeit besonders geschult ist, würde der innere Zusammenhang jeder Truppe fehlen. Die Pflichttreue und Opferfreudigkeit unserer Unteroffiziere haben uns die augenblickliche Regierung zwang, sich an diese Träger der Autorität und Disziplin zu wenden, zur Genüge erfahren. Zu Tausenden haben sie sich jetzt wieder zur Verfügung gestellt. Aber die Gegenleistung unserer Unteroffizierstand hat sich bereits in Kriegszeiten mit gewisser Berechtigung dadurch zurückgesetzt gefühlt, daß ihm zu wenig Gelegenheit zum Aufrücken in Offizierstellen gegeben war; mit Recht empfanden altgediente, erfahrene Unteroffiziere die Besetzung der Zugführer- und Kompagnieführerstellen mit blutjungen, sicherlich tapferen und braven, aber doch noch nicht durchgereiften Kriegsleutnants recht bitter. Oft mag sich in ihnen der Gedanke gerührt haben, daß sie es mit ihrer Praxis, ihrer größeren Menschenkenntnis und der Erfahrung im Verkehr mit Untergebenen besser machen könnten. Aber Gehorsam, Unterordnung war ihre Parole. Jeder, der an der Front war, wird bestätigen, daß der alte Feldwebel usw. seine Kompagnie besser zu führen in der Lage war, als der neugebackene Leutnant. (Ausnahmen natürlich überall.)

Aber wir erblicken in der Tatsache, daß man die alten Unteroffiziere zu wenig zu Führerstellen der Subalternoffiziere heranzog, mit einen Grund für unvermeidbar gewesene Fehlschläge. Der Offizier kann ja nichts dafür, daß dies so war. Sein Verhältnis zum alten Unteroffizier war jedoch im Kriege vertrauensvoll und kameradschaftlich. Es lag am System, das die Gefahr der Besetzung wichtiger Stellen durch allzu junge Kriegsleutnants nicht erkannte. Unser braves aktives Offizierkorps ist in seinen wesentlichen Bestandteilen zu früh dahingerafft worden; aus seine Stelle hätten viel mehr alte, brave Unteroffiziere aufrücken müssen!

Der Fehler ist gemacht worden; aber es läßt sich noch manches gut machen, indem man jetzt wenigstens den Stand der Berufsunteroffiziere wirtschaftlich stützt und hebt, indem man ihm seine Autorität — ebenso wie den Offizieren — wiedergibt. Auf die Frage der Verwendung der Berufsunteroffiziere in unserem zu schaffenden Volksheer kommen wir noch zurück. Jedenfalls aber soll auch der Unteroffizierstand wissen, daß wir — und so denken alle guten Deutschen — seine Interessen zu wahren gewillt sind. Er hat es wahrhaftig um das Vaterland verdient!

Ergebnisse im Wahlbezirk Merseburg

Eine Zusammenstellung der bisher im Wahlbezirk Merseburg abgegebenen Stimmen ergibt folgende Uebersicht: Danach haben erhalten:

Deutschnationale Volkspartei	27 100 Stimmen
Deutsche Volkspartei	5 400 Stimmen
Zentrum	2 700 Stimmen
Angestellten-Partei	700 Stimmen
Demokratische Partei	71 400 Stimmen
Mehrheitssozialisten	40 000 Stimmen
Unabhängige Sozialdemokratie	130 000 Stimmen

Obwohl noch einige Wahlergebnisse ausstehen, können die vorstehenden Zahlen doch schon ein ziemlich feststehendes Bild von Wahlresultates im Wahlbezirk Merseburg abgeben. Nach diesen Zahlen zu urteilen, würde auf die Deutschnationale Volkspartei ein Mandat entfallen, es wäre somit Staatsminister a. D. Graf Posadowsky-Wehner für die Nationalversammlung gewählt. Auf die Demokratische Partei würden zwei Sitze, auf die Mehrheitssozialisten ein Sitz und auf die Unabhängige Sozialdemokratie fünf Sitze entfallen. Als gewählt können bisher außer dem Grafen Posadowsky Karl Delius und William Koch von der Demokratischen Partei, Redakteur Thiele von der Mehrheits-Sozialdemokratie und Schriftsteller Kuneri, Redakteur Koenen, Redakteur Dümel, Frau Anna Stähler und Zigarrenfabrikant Raute von den „Unabhängigen" gelten.

(Wiederholt, da nur in einem Teil der gestrigen Ausgabe.)

Copyright 1918 by Philipp Reclam jun., Leipzig. Nachdruck verboten

Das Licht im Sumpf

38] Roman von Luise Westkirch

Seine rote Wut war rasch verebbt. Er begriff sich selbst nicht. Als höchstes Glück hatte er Evas Gegenwart ersehnt. Gegen jede Erwartung war sie zu ihm gekommen aus eigenem Antrieb. Sie war roh von seiner Schwelle gescheucht worden — und er konnte keinen dauernden Zorn aufbringen gegen die Verscheuchterin! — Hatte die Enttäuschung, die ihm durch Eva geworden war, die Leichtfertigkeit, mit der sie spielte mit dem, was ihm als das Ernsteste, Heiligste galt, ohne daß er selbst es wußte, die Wurzeln seiner Liebe unheilbar verletzt? Oder klangen zur Vorsicht mahnend die seltsamen Worte, die Malle der Hetrin vom Jansenhof entgegengeschleudert hatte, in seiner Seele nach? — Jedenfalls war sein Empfinden Eva gegenüber kühler, sachlicher geworden. Aus dem rasenden Schmerz über ihre Wandlung, der brennenden Eifersucht auf den neuen Werber, stiegen die alten Zweifel in ihm auf, Zweifel an der Echtheit der Empfindungen, die sie vor fünf Jahren für ihn gehabt haben wollte, Zweifel an der Echtheit ihrer Empfindungen für ihn heut. Die unangenehm kältender Argwohn warnte ihn, daß er vielleicht auch jetzt nur ein Spielzeug ihrer wechselnden Launen sei. In diesem Mißtrauen konnte er sich nicht entschließen, Eva einen Schritt entgegen zu tun. Er wartete untätig ein neues Entgegenkommen ihrerseits ab. Und sein Herz blieb ruhig dabei. —

Als Malle an einem dieser Abende am Uferrand der Wümme Grünfutter für die Kühe abschelte, stand plötzlich Hilmer Nedderbrink vor ihr.

Die eigenartige Scheinheit, die er einst unklar in Malle geahnt hatte, und die erblühte, alle seine Erwartungen überstraf, machte ihn toll. Jeden freien Augenblick strich er um den Clüverhof, meist erfolglos. Heute endlich war es ihm geglückt, die Dirne allein zu treffen. Zwischen ihnen und dem Haus mit seinen Fensteraugen zog sich die wallende Kornbreite wie eine goldene Wand.

Er ergriff die Gelegenheit. In sich überstürzenden Worten wiederholte er Malle die Beteuerungen seiner Liebe, alle Verheißungen einer verlockenden Zukunft an seiner Seite. Er versprach ihr den Jansenhof, in dem, wie er prahlte, „sein Vater Nedderbrink so fest sitze wie der Schwamm in dessen alten Balken". Er verhieß ihr noch den Clüverhof dazu. Den würde sein Vater zu kaufen, sobald Gerd Clüver, was sicher zu erwarten sei, mit dem weißen Stecken abziehen müsse. Weil aber die Erfüllung dieser Verheißungen Malles nüchternem Sinn vielleicht etwas zu fern in der Zukunft liegend erscheinen konnte, verhieß er ihr obendrein ein seidenes Tuch und Ohrgehänge vom Scharmbecker Markt.

Rasend über ihre spöttisch kühle Abweisung würde er sie mit Gewalt in seine Arme gerissen haben, wenn er nicht an seinen mißglückten Versuch gedacht hätte am Abend, als sie Gesches Richtfeuer auslöschen wollten. Die Sichel, die sie in der Hand hielt, war scharf. Darum beschränkte er sich auf Worte.

Aber mitten in seiner leidenschaftlichen Rede brach er ab. Es war ein ganz leiser Laut durch die stille Sommerluft gegangen, nicht so laut wie ein Käfer durch das Kraut raschelt. Die Kinder der Wildnis vernahmen ihn doch. Fern im wilden Moor ging Eva Jansen vorüber, so fern, daß sie nur am Gang und Gewand zu erkennen war.

Da drückte Hilmer sich erschrocken in die goldene Aehrenwand.

„Meinst, daß sie mich hat sehen können, die Eva?"

Malle warf lachend die Kiepe hoch voll Grünfutter auf die Schultern.

„Bist bang, daß Vadder den Haselstock aus'n Winkel vorkriegt? — Geschieht dich recht."

Sie ging zum Haus. Hilmer folgte ihr nicht. Vorsichtig schlich er sich heim.

Als Gerd an diesem Abend vor dem Strauß in der kleinen Stube saß, seine Pfeife rauchend und überlegend, ob er heute einmal wieder mit Ede zum Wirt nach Quelkhorn gehen sollte, hörte er auf dem Flet zwischen dem Schnurren von Wöbkes Spinnrad Malles Stimme feierlich und ununterbrochen, als spräche sie in der Kirche. Verwundert öffnete er die Tür.

Da sah er am verglimmenden Herdfeuer neben der spinnenden Wöbke Malle sitzen. Das Licht des Oellämpchens am Herdhimmel fiel grell auf ihren silbrigen Scheitel. Sie hielt ein Buch in der Hand und las. Aus der Bibel las sie Wöbke vor: die Geschichte von Ruth, der Aehrenleserin. Einige Augenblicke lauschte Gerd. Dann blies er das Licht in der Stube aus, nahm im Vorbeigehen ein Pferdegeschirr von der Wand, an dem es zu richten gab, und setzte sich zu den beiden an das Feuerloch.

„Lies du man zu. Ich mag das wohl hören."

„Es is bloß," entschuldigte Wöbke, „weil mein Augenlicht mehr wollen, Gerd. Da liest die Dern für mich."

Gerd nickte. „Is recht. Lies man."

Das Blut schoß Malle ins Gesicht. Sie fand es nicht leicht, zu lesen vor Gerd Clüver. Des alten Pieske Unterricht war nicht hervorragend gewesen. Aber sie hatte von Kind auf jedes Buch verschlungen, dessen sie habhaft werden konnte. Und sie tat ihr Bestes.

Gerd aber fand, daß es ein merkwürdig friedlicher und anruhsamer Abend gewesen sei.

„Ich hab' dr noch andere Bücherss," sagte er, als das Buch Ruth zu Ende war. „Da kannst uns kommenden Abend aus vorlesen."

Und er blieb wiederum zu Haus.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901211-16/fragment/page=0002

Kleine Nachrichten

Streik in Leipzig. Leipzig, 20. Jan. Am heutigen Nachmittag sind sämtliche Arbeiter der Städtischen Gas- und Elektrizitätswerke wegen Lohndifferenzen unvermittelt den Streik getreten. Die elektrische Beleuchtung der Stadt ist vollständig ausgesetzt. Die Gasversorgung ist notdürftig aus den Gasvorräten aufrecht erhalten worden. Der Straßenbahnverkehr ist zum Teil unterbunden.

— **Streik zum „Schutz der Revolution".** Leipzig, 20. Jan. In der heutigen Sitzung des großen A.- und S.-Rates in Leipzig wurde mitgeteilt, daß die Verordnung der vielgeplinderten organisierten Arbeiterschaft zum Schutze der Revolution sich in Vorbereitung befindet.

— **Zeitungsverbot.** Der Düsseldorfer Vollzugsrat hat das Erscheinen der „Düsseldorfer Zeitung" und des „Düsseldorfer Tageblatts" auf eine Woche verboten.

— **Der „Reichsanzeiger"** veröffentlicht eine Verordnung über die Finanzgebaren der Arbeiter- und Soldatenräte, eine Bekanntmachung über Zahlungen an Urlauber und Abgekommene, Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Verordnung betreffend Zusammensetzung der Bergwerke gewählten Sicherheitsmännner und Arbeitervertrauensmitgliedern.

— **Ein Verband der Künstler und geistig-schaffenden Arbeiter** wird der Deutschnationalen Volkspartei soll geschaffen werden. Es ist sich im gegenwärtigen politischen Kampfe nicht nur um die Gestaltung des bürgerlichen Lebens in Deutschland, sondern auch um die Gestaltung des inneren, also des geistigen Lebens handelt. Deshalb müssen die Künstler als geistige Führer des Volkes jetzt an der politischen Gestaltung hervorragend mitarbeiten. Die Nichtlinien sagen u. a.: Die Kunst ist nicht eine spielerische Verschönerung des Lebens, sondern die höchste Entwicklung des Lebens. Der Staat muß die geistige Führerrolle des Künstlers anerkennen; dadurch wird der Staat die materielle Lebensbedingung, die die Höherentwicklung des einzelnen Menschen unmöglich macht und somit das ganze Volk am Aufstieg hindert, wirksamsten bekämpfen. Alle Gleichmacherei im Reinmenschlichen ist naturwidrig; das preußische Wort „Jedem das Seine", das für das Bürgerliche geschaffen worden ist, muß auch für das Rein-Menschliche gelten. Nicht allen menschlichen Verschiedenheiten das Gleiche, sondern jeder menschlichen Persönlichkeit das Ihre in rein menschlichen Dingen! Wir fordern Achtung vor der ehrlichen Ueberzeugung jedes Gegners, also auch des politischen Gegners; jede Kampfsweise gegen eine Ueberzeugung, die den Träger der Ueberzeugung persönlich angreift oder herabzuwürdigen versucht, ist als menschliche Minderwertigkeit zu bekämpfen. Ein politischer Kampf, der derartig minderwertig geführt wird, schädigt die Volksseele auf das schwerste. Eine höhere Schulreform muß reformiert werden; die höhere Schule war bisher zu sehr Gedächtnisschule und zu wenig Bildungsschule. Der „Deutsch-Unterricht" muß im Mittelpunkt des gesamten Unterrichts stehen; und zwar ein „Deutsch-Unterricht", der nicht nur ein „Sprach-Unterricht" ist, sondern ein Unterricht, der das Rein-Geistige, wie es in Dichterwerken liegt, erfaßt. Das Christentum soll dem deutschen Volke als der höchste seelische Wert erhalten bleiben; die Deutschnationale Volkspartei verpflichtet sich jedoch zur Toleranz jeder anderen Ueberzeugung gegenüber. Alle Kunst wurzelt im Nationalen. Der deutsche Künstler muß sich deshalb zu jeder Stärkung der deutschnationalen Idee bekennen. Wir fordern Stärkung des nationalen Selbstbewußtseins und sehen in der religiösen Erkenntnis des deutschen Selbstbewußtseins den tiefsten Grund der deutschen Niederlage. Das deutschnationale Selbstbewußtsein muß durch Besinnung des Wertvollen in deutschen Wesen gestärkt werden. Alle Künstler und geistige Arbeiter, die auf dem Boden dieser Richtlinien stehen, bitten wir, ihre Zustimmung und ihren Beitritt an den Schriftführer Martin Kiesz, Charlottenburg 5, Neue Kantstraße 31, zu erklären; die Mitglieder werden zu einer Versammlung eingeladen werden.

Provinz Sachsen

Das Ergebnis in Sachsen-Anhalt

Magdeburg, 20. Januar.

Das Wahlresultat im 12. Wahlkreis Magdeburg-Anhalt stellt sich wie folgt: Deutschdemokratische Partei (Schiffer) 223 242 Stimmen, Deutsche Volkspartei (Sorge) 27 908, Deutschnationale Volkspartei (Schiele) 73 154, Christliche Volkspartei (Tourneau) 19 070, demnach vereinigte bürgerliche Parteien 337 354, Mehrheitssozialisten (Landsberg) 504 316, Unabhängige (Albrecht) 19 270. Es erhalten demnach vermutlich die Mehrheitssozialisten 7, die Deutschdemokraten 3, und die Deutschnationale Volkspartei 1 Sitz. Von bekannten Parlamentariern sind wiedergewählt Schiffer, Dr. Böhme (Bernburg), Volkstedt-Schafer (Magdeburg), Wolfgang Heine, Schiele-Stollene. Der siebente sozialdemokratische Sitz ist im Besitz einer Frau.

*

Die Wahlen in Thüringen

Arnstadt: Deutschnational 934, Demokraten 2354, Mehrheitssozialisten 266, Unabhängige 5783, Zentrum 138.

Pößneck: Deutschnational 628, Demokraten 1165, Mehrheitssozialisten 4261, Unabhängige 309.

Koburg: Deutschnational 7787, Demokraten 3581, Mehrheitssozialisten 3093, Unabhängige 1, Zentrum 114.

Meiningen: Deutschnational 2167, Demokraten 2638, Mehrheitssozialisten 4647, Unabhängige 405, Zentrum 29.

Weimar: Deutschnational 4657, Demokraten 7542, Mehrheitssozialisten 3296, Unabhängige 534.

Sonneberg: Deutschnational 290, Demokraten 2426, Mehrheitssozialisten 5184, Unabhängige 79, Zentrum 102.

Altenburg: Deutschnational 3456, Demokraten 5908, Mehrheitssozialisten 12 102, Unabhängige 317.

Hildburghausen: Deutschnational 1618, Demokraten 1614, Mehrheitssozialisten 841, Unabhängige 28, Zentrum 79.

Ilmenau: Deutschnational 354, Demokraten 5711, Mehrheitssozialisten 7567, Unabhängige 413, Zentrum 290.

Gotha: Deutschnational 126, Demokraten 329, Mehrheitssozialisten 347, Unabhängige 74.

Eisenach: Deutschnational 5506, Demokraten 8090, Mehrheitssozialisten 11 431, Unabhängige 4884, Zentrum 2900.

Greiz: Deutschnational 1630, Demokraten 4904, Mehrheitssozialisten 2672, Unabhängige 3867, Zentrum 42.

Reuenroda: Deutschnational 318, Demokraten 1404, Mehrheitssozialisten 1121, Unabhängige 2921.

Mühlhausen (Stadt und Land): Deutschnational 4500, Demokraten 5740, Mehrheitssozialisten 12 384, Unabhängige 4220, Zentrum 7501.

Suhl: Deutschnational 5082, Demokraten 2015, Mehrheitssozialisten 1261, Unabhängige 4541, Zentrum 56.

Saalfeld: Deutschnational 524, Demokraten 2088, Mehrheitssozialisten 5022, Unabhängige 268, Zentrum 73.

Jena: Deutschnational 5406, Demokraten 5765, Mehrheitssozialisten 13 000, Unabhängige 2000, Zentrum 309.

*

Dillau: Deutschnational 118, Unabhängige 889, Demokraten 244, Christliche Volkspartei 4, Mehrheitssozialisten 125, Deutsche Volkspartei 10.

Gera: Deutschnational 46, Deutsche Volkspartei 125, Deutschdemokraten 63, Demokraten 30, Christliche Volkspartei 6.

Altenmark: Deutschnational 70, Unabhängige 77, Mehrheitssozialisten 18.

— **Gotha, 19. Jan. (Entente-Kommission.)** Eine aus mehreren englischen Offizieren bestehende Kommission bereist augenblicklich die größeren Städte Thüringens im Auftrage der Entente. Der Hauptzweck derselben ist, einwandfrei und unter Beihilfe der Behörden festzustellen, ob in der betreffenden Gegend noch feindliche Offiziere oder Mannschaften in Gefangenschaft zurückgehalten werden. Sie waren am Freitag hier in Gotha an" konnten die Versicherung entgegennehmen, daß keine englischen Soldaten sich mehr hier befinden. Es wurde auch vermutet, daß sie sich über die Ernährungsverhältnisse informieren wollten, doch soll dieses Gerücht sich nicht bewahrheiten.

— **Gotha, 19. Jan. (Die Gasanstalt)** stellte Mitte voriger Woche wegen Kohlenmangel den Betrieb vorläufig ein. Nach das Elektrizitätswerk beschränkt gezwungen die Abgabe von Strom zu Kraft- und Lichtzwecken und hat in Aussicht gestellt, daß es bei zunehmendem Kohlenmangel zu einschneidenderen Maßnahmen greifen müssen.

— **Eisenach, 19. Jan. (Pressefreiheit.)** Der A- und S-Rat hat gestern die „Eisenacher Tagespost" militärisch besetzt. Auf den Protest des Chefredakteurs Kissner wurde jedoch die militärische Besetzung des Blattes nach einer guten halben Stunde wieder aufgehoben.

— **K. Weimar, 19. Jan. (Aus der letzten Sitzung des Gemeinderates)** sind u. a. die Voranschläge für 1919 bezüglich der Armenkasse hervorzuheben, und zwar schließen diese mit einer Ausgabe von 131 448.44 Mk. und 17 209.67 Mk. Einnahmen ab, so daß eine Mehrausgabe von 114 477.46 Mk. (6918.98 Mk. mehr als im Vorjahre) — die im Hinblick auf die Materie an sich wie auf die Finanzkraft des städtischen Gemeinwesens überhaupt als ungewöhnlich hoch bezeichnet werden muß — entsteht. Auf die Frage des Vorsitzenden Polz an den Oberbürgermeister, wo denn eigentlich das von den Schlachtlieren gewonnene Fett auf dem hiesigen Schlachthofe hinkomme, wurde erwidert, daß dieses in die Talgschmelze nach Erfurt und von dort zur Margarinebereitung nach Berlin komme. Ueber die schwierige Frage der Erwerbslosenfürsorge führte Bürgermeister Kloß aus, daß in Weimar zurzeit sich zwar nur 20 befänden, daß diese Zahl sich aber gegebenenfalls sehr rasch und auch erheblich vergrößern könne. Als Abwechslung sei der Abbau der Frauenarbeit und die Abschiebung der Erwerbslosen auf das Land geplant. Was die Unterstützung anlangt, so wird gewährt: bei gänzlicher Erwerbslosigkeit für jeden Wochentag bei männlichen Personen über 21 Jahre 6.50 Mk., über 16 Jahre 4.20 Mk., und solche zwischen 14 und 16 Jahren 2.70 Mk. für weibliche Personen über 21 Jahre 4 Mk., über 16 Jahre 2.60 Mk., zwischen 14 und 16 Jahren 2.10 Mk. Für Familienunterstützung wird ein Zuschlag von 75 Pfg. für die Ehefrau und 60 Pfg. für das Kind gewährt. Die Abgabe für die Milchkühe wird um 100 (!!) und diejenige für die Kanäle um 75 Prozent erhöht. — Bezüglich des vielerörterten Emden-Denkmals wurde beschlossen, die Aufstellung auf eine spätere Zeit zu verschieben.

Halle und Umgebung

Halle, 21 Januar

Die letzten Wahlergebnisse

Aus dem Stadtbezirke Halle liegen nunmehr die letzten noch fehlenden Wahlresultate vor:

Wahlbezirk 1: Kunert 1104, Ebert —, Posadowsky 117, Delius 303, Dietrich 15, Thiele 240, Gerlich 27.

Wahlbezirk 11: Kunert 492, Ebert —, Posadowsky 307, Delius 534, Dietrich 28, Thiele 171, Gerlich 23.

Wahlbezirk 15: Kunert 618, Ebert 1, Posadowsky 451, Delius 768, Dietrich 27, Thiele 365, Gerlich 40.

Wahlbezirk 18: Kunert 427, Ebert —, Posadowsky 437, Delius 468, Dietrich 23, Thiele 230, Gerlich 33.

Wahlbezirk 19: Kunert 662, Ebert —, Posadowsky 268, Delius 567, Dietrich 31, Thiele 306, Gerlich 22.

Wahlbezirk 21: Kunert 816, Ebert —, Posadowsky 165, Delius 468, Dietrich 35, Thiele 308, Gerlich 23.

Wahlbezirk 40: Kunert 1076, Ebert —, Posadowsky 40, Delius 170, Dietrich 35, Thiele 180, Gerlich 10.

Wahlbezirk 45: Kunert 610, Ebert —, Posadowsky 18, Delius 468, Dietrich 38, Thiele 615, Gerlich 55.

Wahlbezirk 51: Kunert 1164, Ebert —, Posadowsky 62, Delius 121, Dietrich 25, Thiele 164, Gerlich 11.

Mit Ausnahme des 8. Wahllokals liegen nunmehr sämtliche hiesigen Wahlergebnisse vor. Das Gesamtresultat aus dem Wahlbezirk Halle (Stadt) zeigt folgendes Bild: Deutschnationale Volkspartei (Graf Posadowsky) 11 508, Christliche Volkspartei (Dietrich) 1568, Deutsche Volkspartei (Gersch) 1551, Angestellten- und Mittelstandspartei (Ebert) 6, Demokratische Partei (Delius) 28 573, Mehrheits-Sozialisten (Thiele) 15 726, Unabhängige Sozialisten (Kunert) 39 193.

Der Trauerung

Dem Gedenken Liebknechts und Rosa Luxemburgs haben die hiesigen Unabhängigen, trotz aller Beteuerungen, daß sie mit den Spartacisten „nicht das geringste" zu schaffen haben, gestern tatsächlich den Nachmittag geopfert und den angekündigten Umzug abgehalten. Erfreulicherweise wickelte sich die Kundgebung ohne Zwischenfälle ab; durch Vermittlung des Soldatenrats war sogar der Presse vor Beginn der Veranstaltung mitgeteilt worden, daß die Demonstranten von einer Belästigung der Zeitungsgebäude liebenswürdigerweise Abstand nehmen würden.

Mehrere Tausend Männer und Frauen aus Halle und Umgegend, vorwiegend halbwüchsige junge Leute, bewegten sich nachmittags durch die Straßen nach dem Marktplatz unter dem Motto: „Gegen die Bergeswahnsinnigen Liebknechts und Luxemburgs" und „Gegen die Regierung Ebert-Scheidemann". Auf Schildern wurden die Devisen der Unabhängigen umhergeführt: „Für Freiheit und Unabhängigkeit!", „Nieder mit Ebert-Scheidemann" u. a. m. Ein Trupp trug zwei kleine Galgen, an denen zwei Figuren, vermutlich Eberts und Scheidemanns, aufgehängt waren.

Auf dem Marktplatze sprach Redakteur Koenen zu der Menge und suchte den Leuten klar zu machen, daß „die Ermordung" Liebknechts und der Luxemburg ein Streich von Offizieren gewesen sei, die in verbrecherischer Weise Soldaten zu diesem Meuchelmorde veranlaßt hätten. Mitschuldig daran sei natürlich die jetzige Regierung, die folglich beseitigt werden müsse. Wenn Alles erfolglos bleibt, dann wird die Arbeiterschaft zu ihrem letzten Machtmittel greifen und den Generalstreik inszenieren.

Ein Bergarbeiter machte darauf die erbauliche Mitteilung, daß die Belegschaft nicht eher wieder anfahren würde, als die Regierung Ebert-Scheidemann abgedankt habe; die Arbeiterschaft im Ofendorfer Braunkohlenrevier habe sich jedenfalls am Montag in diesem Sinne geeinigt und werde nicht eher den Ausstand beilegen, als bis diese ihre Forderung durchgesetzt ist. Auch Kilian ergriff das Wort. Seine Ausführungen wiedergegeben, ist unserem Berichterstatter leider nicht möglich. Als er dabei „erlaubt" wurde, daß er sich einige Notizen machte, drangen noch kurzem Wortwechsel mehrere Demonstranten auf ihn ein, entrissen ihm sein Konzept und nahmen in drohendster Weise gegen ihn Stellung. Nur durch das Dazwischentreten einiger besonnenerer Leute wurden Tätlichkeiten verhindert. Es lebe die Freiheit!

*

Auf großen Plakaten sucht das Städtische Arbeitsamt in Halle zu günstigsten Bedingungen gegenwärtig Tausende von Arbeitern für die Bergwerke des Braunkohlenreviers, damit Industrie und Handel ihre Betriebe aufrecht erhalten können und die Bürgerschaft nicht der Kälte und dem Hunger ausgesetzt ist!

Die Arbeiterschaft demonstriert weiter.

Deutschnationale Volkspartei

In einer öffentlichen Versammlung am Mittwoch, dem 22. Januar, abends um 8½ Uhr, spricht in den „Germania-Sälen" (Große Steinstraße 27/28) Generalsekretär Kunze-Berlin über die Frage.: „Wie kommen wir zu einer Wiedererhebung Preußen-Deutschlands?" Redner sprach, wie erinnerlich, unlängst bereits im Walhallatheater unter großem Beifall.

— **Anträge von Handzentrifugenbesitzern** des hiesigen Stadtkreises auf Oelzuweisung sind bis zum 15. jeden Monats der Kriegswirtschaftsstelle für den Stadtkreis, Marktplatz 22, einzureichen.

— **Bei Anmeldungen von Beerdigungen** ist dem Büro VIII (Großer Berlin 11) die letzte Steuerquittung vorzulegen.

— **Vortrag.** Wir weisen nochmals auf den Vortrag des Dr. Dreßler über die Sozialisierung der Bergwerke hin, der heute abend im Mozartsaal stattfindet. Einlaßkarten im Saalbau.

— **In der St. Georgengemeinde** findet am Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 Uhr, Betstunde in der St. Georgskapelle statt, die von Herrn Pastor Hellmann gehalten wird.

— **Schonzeit.** Für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg wird die Schonzeit für wilde Truthähne und Truthennen auf das ganze Jahr 1919 ausgedehnt, und der Beginn der Schonzeit für Birk-, Hasel- und Fasanenhennen wird auf den 19. Januar 1919 festgesetzt. Das Einfangen von Fasanenhennen zum Zwecke der Zucht bleibt bis zum 1. Februar 1919 gestattet.

— **500 Mark Belohnung.** In der Nacht zum 18. Januar ist in dem hiesigen, in der Mitte der Stadt belegenen Stahlwarengeschäft eingebrochen worden. Die bisher nicht bekannten Täter haben dabei große Mengen feine Stahl- und Lederwaren erbeutet, u. a. folgende: Flache Taschenmesser mit Perlmutter- und Schildpattschale, mehre- und vielteilige Taschenmesser mit dergleichen Schale, auf den Klingen die Inschriften Hermann Müller, Eh. Wüsthoff oder J. A. Henkels, Rasiermesser mit schwarzer Elfenbeinschale von den Solinger Firmen H. Köhler, Wüsthoff und Kloos, auch viele Rasierapparate, versilberte Fischbestecke, 50 Stück echt lederne Portemonnaies, versilberte Kaffeelöffel, Perlmutterschalen mit Perlmutterobstmessern, vergoldete und versilberte Tortenmesser und Tortenschaufeln mit Perlmutter- und Hornbeft, echt silberne Zigarettenspitzen. Für die Ermittelung der Täter und Wiedererlangung der gestohlenen Güter setzt der Geschädigte bis 500 Mark als Belohnung aus, deren Verteilung er sich vorbehält. Wer irgendwelche Angaben zur Ermittelung der Täter oder den Verbleib der gestohlenen Ware machen kann, wird gebeten, dies unter Hinweis auf die hohe Belohnung der Kriminalpolizei in Halle, Dreyhaupstr. 4, Zimmer 38 oder 37, mitzuteilen.

Stadtverordnetensitzung in Halle

Halle, 20. Januar.

Der Vorsitzende, Geheimrat Keil, bringt zunächst eine Erklärung des Magistrats zur Kenntniss, die sich auf Punkt 1 der Tagesordnung bezieht, die Einführung zweier unbesoldeter Stadträte, Kilians und des Stadtv. Gräbel. Der Magistrat bringt seine Bedenken

gegen die Einführung der Herren Gräbel und Kilian

zum Ausdruck unter Hinweis auf die neuerliche Haltung des Arbeiter-Rates, der sich dem Magistrat gegenüber als vorgesetzte Instanz betrachtet. Nach § 31 der Städte-Ordnung ist es nicht zulässig, daß Mitglieder einer dem Magistrat übergeordneten Behörde, als welche sich, wie bekannt, der hiesige Arbeiter-Rat aufspielt, in den Magistrat eintreten. Dem A.-Rat selbst scheinen inzwischen allerdings in der Angelegenheit auch Bedenken gekommen zu sein, denn er hat wissen lassen, daß er auf die Einführung vorläufig verzichtet. Der Vorsitzende teilt ferner mit, daß auch bezüglich der Einführung des letzthin neugewählten Stadtrats Belthysen Schwierigkeiten entstanden sind. Der A.-Rat des Bezirks Merseburg hat am 29. Dezember Beschluß gefaßt, dem Regierungspräsidenten die Bestätigung des Stadtrats Belthysen zu verbieten (!); der A.-Rat wünscht nicht, daß vorläufig städtische höhere Betriebsbeamte mit langfristigen Kontrakten angestellt werden. Geh. Justizrat Keil hat sich in seiner Eigenschaft als Stadtv.-Vorsteher daraufhin mit dem Ministerium des Innern in Verbindung gesetzt, und der Minister hat ihm bestätigt, daß dieser Beschluß des A.-Rates den Anschauungen der Regierung durchaus widerspricht. Das Ministerium hat den A.-Rat inzwischen ersucht, den Beschluß aufzuheben; die Bestätigung des Stadtrats durch den Regierungspräsidenten ist demnächst zu gewärtigen. Auch Stadtv. Justizrat Herzfeld bringt im Namen seiner Fraktion aus elementaren rechtlichen Gründen schwerste Bedenken gegen die Amtseinführung des Stadtv. Gräbel und Herrn Kilians zum Ausdruck. Die Einführung wird also vorläufig unterbleiben.

Eingegangen ist ferner u. a eine Erklärung der Ehefrau Kürschner betr. die Rente des Ehemannes. Die Darstellung entfällt sehr schwere Beleidigungen und kann nicht verlesen werden. Der Vorsitzende empfiehlt, die Akten den Vertrauensleuten des Kriegsbeschädigtenrates zur Einsichtnahme zu unterbreiten. Kürschner droht u. a. mit Veröffentlichung seiner Beschwerde und damit, daß er den Oberbürgermeister und andere beteiligte Personen „um die Ecke bringen" will. — Eine Eingabe des Offizierbundes (Ortsgruppe Halle) betr.: Auszahlung einer Teuerungszulage, wird an den Magistrat weitergegeben. — Ein Gesuch der Schul-Hausmänner um Aufbesserung ihrer Stellung wird dem Sozialen Ausschuß überwiesen. Eine Eingabe des Musikdirektors Rohland, der vom Magistrat Ersatz für die bei der Demonstration am 10. d. M. am Marktplatz erlittenen Schaden seiner Musiker (Beschädigung der Musikinstrumente usw.) beantragt, wird auf 14 Tage zurückgestellt — Danach wird in die Tagesordnung eingetreten.

Punkt 1 (Einführung zweier unbesoldeter Stadträte) hat sich erledigt. Zu Punkt 2 (Vornahme der für 1919 erforderlichen Neuwahlen der Deputations- und Ausschuß-Mitglieder) werden auf Vorschlag des Berichterstatters Geheimrat Föhring, nur die unbedingt notwendigen Neubesetzungen vorgenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901211-16/fragment/page=0003

Der Haushaltsplan der Stiftung „Oberheidbruch" für 1919 findet Genehmigung.

30 000 Mark für die Kriegshinterbliebenen.

Durch d.s Bauhaus Reinhold Steckner hier sind im Auftrage eines seiner Kunden, der ungenannt bleiben will, der Stadtgemeinde Halle 30 000 Mark mit der Bestimmung überwiesen, sie zu Gunsten der Kriegshinterbliebenen-Fürsorge der Stadt Halle zu verwenden. Der Magistrat hat die Stiftung dankbar angenommen, die Versammlung erteilt ihre Zustimmung. — Der Magistratsbeschluß, dem Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich 10 000 Mark und dem Bunde zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft einen einmaligen Zuschuß von 10 000 Mk. zur Unterhaltung seines Säuglings- und Kinderheims zu gewähren, wird genehmigt. —

Es wird ferner vorlagegemäß beschlossen, bei mit der Vereinnahmung und Verausgabung des Geldes aus dem Straßenbahnbetrieb betrauten Personen, gleich wie dem Kassenpersonal anderer städtischer Kassen, Entschädigungen für Geldverluste zu gewähren.

Verstärkung des Hauptetats.

Die allgemeine Preiserhöhung für Löhne und Materialien sowie die Einstellung der jetzt aus dem Felde zurückkehrenden Arbeitskräfte machen für verschiedene Kapitel des Haushaltsplans in einigen Positionen besondere Aufwendungen erforderlich.

Nach den vorgelegten Berechnungen ist eine Verstärkung nötig: für Unterhaltung der Brücken, Ufermauern usw. (10 000 Mark) um 3000 Mark, für Besoldung diätarischer Hilfskräfte für die Tiefbauabteilung (8000 Mk.) um 6000 Mk., für Lohnzuschüsse bei Erkrankungen und Beurlaubungen von Arbeitern (2000 Mk.) um 2000 Mk., für baulische Unterhaltung der Kanalisationsanlagen usw. (20 000 Mk.) um 18 600 Mk.; die erforderlichen 29 600 Mk. werden aus dem gemeinschaftlichen Disposition sfonds des laufenden Haushaltsplanes bewilligt. — Zum Haushaltsplan für 1917 sind 24 000 Mk. für Neupflasterung der Frankestraße vorgesehen. Wegen Mangel an Arbeitskräften sind die Arbeiten verschoben worden. Die Gleise der Straßenbahn in dieser Straße befinden sich gegenwärtig in einem sehr schlechten Zustande, so daß neue eingelegt werden müssen. Mit diesen Arbeiten wird zweckmäßig gleichzeitig die Neupflasterung ausgeführt. Die Materialien sind vorhanden. Durch die Steigerung der Löhne ist eine Verstärkung auf 36 000 Mark notwendig. Die Summe wird bewilligt. —

Der Magistrat beantragt verschiedene Aenderungen des Gemeindebeschlusses über

die Erwerbslosenfürsorge

vom 2./3. Dezember 1918 zuzustimmen. Da in den einschlägigen Bestimmungen einige Abänderungen notwendig geworden sind. So sollen künftig solche Personen, die nach Halle verziehen, ohne Arbeit zu haben, lediglich um die höheren Unterstützungssätze zu erhalten, von dem Bezuge der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen werden. Eine weitere Aenderung betrifft die Unterstützung der teilweise Erwerbslosen; die neue Bestimmung ist aus einer Abänderungsverordnung des Demobilmachungsamtes vom 21. Dezember 1918 übernommen. Es hat sich ferner sehr häufig gezeigt, daß Erwerbslose ihnen angebotene Beschäftigung zurückwiesen mit der Begründung, die Erwerbslosenunterstützung bedeute für sie mehr als der Verdienst in der angebotenen Arbeitsstelle. Um hier einen Ausweg zu finden, ist folgende Bestimmung neu aufgestellt worden: „Ist einem Erwerbslosen Arbeit zu einem Tagesverdienst nachgewiesen, der unter dem ihm zustehenden Unterstützungsbetrag bleibt, so wird die Differenz als Erwerbslosenunterstützung gezahlt." Dieser Paragraph erhält auf Antrag des Stadtv. Kühme folgenden Zusatz: Der „bei achtstündiger Arbeitszeit" unter dem ihm zustehenden Unterstützungsbetrag usw. — Weitere Aenderungen stellen insbesondere zweifelsfrei fest „was bisher often gelassen war — in welcher Klasse die Erwerbslosen weiter zu versichern sind und was im Falle der Erkrankung von Erwerbslosen rechtens ist. — Schließlich ist ein neuer Paragraph aufgestellt worden, der verhindern soll, daß Erwerbslose, die Arbeit angenommen haben, und dann wieder erwerbslos werden, nicht nochmals die Wartezeit durchmachen müssen, er lautet: „Ist einem Erwerbslosen Beschäftigung nachgewiesen, und wird er dann wiederum erwerbslos, so kommt die im § 1 Ziffer 4) festgesetzte Wartezeit von drei Tagen in Wegfall, es sei denn, daß zwischen den Aufhören der Erwerbslosenunterstützung und ihrem Wiederbeginn ein Zeitraum von mehr als 6 Wochen liegt."

Stadtv. Kühme führt aus: Die Vorlage ist in verschiedenen Punkten nicht scharf genug gefaßt, leistet in einzelnen Punkten der Arbeitslosigkeit Vorschub und gibt besonders den Gelegenheitsarbeitern Anreiz, dauernde geregelte Beschäftigung zu meiden. Die Hausbesitzer sollten überhaupt Arbeitslose nicht aufnehmen. Wenn den Leuten die Differenz zwischen Lohn und Unterstützung gezahlt wird, ist die Gefahr vorhanden, daß die Arbeiter sich möglichst leichte Beschäftigung verschreiben, weil die Stadt ja doch den Lohnausfall zuschießt. Junge Leute z. B. haben unter den gegebenen Verhältnissen ja bereits, wenn sie in die Lehre gingen. — Stadtv. Dr. Scheithauer weist darauf hin, daß dem Vernehmen nach für alle Städte gleichmäßig geltende grundlegende Sätze für die Arbeitslosen-Unterstützungen aufgestellt werden sollen. Der Abänderungsantrag Kühme findet Annahme; die Vorlage wird genehmigt. —

Für Schreib- und sonstige Bürobedürfnisse werden 2950 Mk., für Druckkosten und Buchbinderlöhne 3800 Mk., für Gebrauchsgegenstände für photographische Zwecke 400 Mk., zur Verstärkung der für Drucksachen, Buchbinderlöhne und Bücher der Steuerverwaltung bereitgestellten Mittel von 9000 Mk. werden 21 000 Mk. nachbewilligt.

Das Gesuch des Franz Korte in Möllich um Bewilligung einmaliger Teuerungszulagen an die Arbeiter der Grube Karl Ernst wird abgelehnt. Wie der Berichterstatter, Stadtv. Horstmann, ausführt, beziehe die Belegschaft der Grube bereits erhöhte Löhne, die Heuer 12 Mk. und 11 Mk., jüngere Arbeiter 6 Mk., Verbesserte außerdem 4,25 Mk. und für jedes Kind 2,25 Mk. Der Petitionsausschuß beantragt Ablehnung. — Stadtv. Osterburg wendet ein: Die Löhne sind nur relativ hoch; angesichts der allgemeinen Teuerung entsprechen sie kaum den Friedenssätzen. Wenn alle städtischen Arbeiter eine einmalige Teuerungszulage beziehen, kann man die auf der Grube „Karl Ernst" beschäftigten Leute nicht gut ausschließen. Die Belegschaft ist jedenfalls sehr verstimmt über die Maßnahme. Redner warnt vor den möglichen Konsequenzen und stellt Antrag, die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen. — Stadtrat Siemens bemerkt zur Aufklärung, daß es sich bei den Lohnsätzen der Grube um kollektive Lohnabkommen zwischen Unternehmern handelt, die nicht zulassen, daß besondere Teuerungszulagen gewährt werden. Stadtv. Bergrat Zell bemerkt das Gleiche. — Der Antrag Osterburg wird abgelehnt; desgleichen das vorliegende Gesuch.

Ein Antrag auf Unterstützung von Angehörigen des hiesigen Sicherheitsregiments wird in geheimer Sitzung, eine Eingabe des Kriegsbeschädigtenbundes betr. Bemutzung des Stadtbades soll in der nächsten Sitzung behandelt werden.

„H. Z."-Sportberichte

Die Fußballmeisterschaft des Saalegaues.

Halle 96 schlägt Favorit 1:0. — Borussia siegt über Sportverein 7:2. — Wacker holt sich von V. f. B. die Punkte.

Auch dieser Sonntag brachte die von uns erwarteten Sieger. Trotz der Wahlen zu der Nationalversammlung wickelten sich die Kämpfe glatt ab. Halle 96 stellte seine Gaumeisterschaft durch den Sieg über Favorit sicher. Die Mannschaft kann unter normalen Verhältnissen die Meisterschaft nicht mehr verlieren. Der knappe Sieg von 1:0 gibt den Spielverlauf nicht annähernd wieder. Das Spiel brachte eine Enttäuschung. Statt des erwarteten großen Kampfes sah man ein höchst einseitiges Spiel, welches durch das Bestreben Favoritas, mit einem möglichst knappen Ergebnis davonzukommen, dikkert war. Man merkte es der Elf gar zu sehr an, daß sie ohne Aussicht auf Sieg spielte und sich fast nur auf die Verteidigung beschränkte. Die gesamte Läuferreihe und teilweise der Sturm verteidigten ihr Tor mit. Dem gegenüber zeigte Halle 96 ein blendendes Angriffsspiel und hielt das feindliche Tor fast die ganze Spielzeit unter Druck. Der Sturm kombinierte ausgezeichnet und war technisch hervorragend. Favorit mußte in dem Spiele erkennen, daß Halle 96 in voller Besetzung ein anderer Gegner ist als in den beiden vorherigen gegangenen Gesellschaftsspielen. Das einzige Tor des Tages fiel durch Zschenker in der zweiten Halbzeit auf eine gute Vorlage von halbrinks. — Recht interessant kommt der hohe Sieg von Borussia über Sportverein 98 mit 7:2. Die Borussen hatten einen besonders guten Tag und zeigten namentlich im Sturm ein glänzendes Spiel. Soviel wir feststellen konnten, spielte der Sportverein mit Ersatz, und darin mag die hohe Niederlage in etwas ihre Erklärung finden. Borussia zeigte sich wieder als ein gefährlicher Gegner, der nicht ernst genug genommen werden kann. — Wacker legte den V. f. B. Meseburg mit 4:0 hinein und nahm für seine letzten Spiele Vergeltung. So sehr sich die Meseburger auch anstrengten, an die Klasse des Gegners reichten sie nicht heran. Der Schwerpunkt bei Wacker lag wieder im Sturm. V. f. B. war schnell wie immer, konnte aber die gegnerische Verteidigung nicht überwinden.

Die Lage im Gau hat sich nach diesem Spieltag erheblich geklärt. Der Punktunterschied zwischen den Führenden ist derselbe geblieben, so daß als sicher angenommen werden kann, daß die Meisterschaftsfrage so gut wie gelöst ist. Halle 96 hat sich seinen Vorsprung von 6 Punkten vor Wacker erhalten und kann schwerlich noch eingeholt werden. Allerdings sind hierbei noch schwebende Proteste nicht berücksichtigt. Es ist kaum anzunehmen, daß durch diese Proteste die Konstellation im Gau geändert werden könnte. Halle 96 hat in dem Spiele gegen Favorit gezeigt, daß die Mannschaft allererste Klasse ist und auch von Spielwiederholungen keine Bange zu haben braucht. In bester Aufstellung hat die Elf keinen Gegner zu fürchten.

Der Stand im Gau ist folgender:

	Gesp.	Gew.	Unentsch.	Verl.	Torverh.	Punkte
Halle 96	9	8	1	0	34 : 13	17
Wacker	9	5	1	3	27 : 21	11
Sportfreunde	8	5	0	3	19 : 16	10
Borussia	9	3	2	4	25 : 26	8
Favorit	8	3	0	5	17 : 20	6
Sportverein 98	9	2	1	6	10 : 28	5
V. f. B.	8	1	1	6	17 : 25	3

Volkswirtschaft

Politik und Wirtschaft

Spartakus hat seine Herrschaft verloren, aber die Folgen machen sich wirtschaftlich höchst unangenehm bemerkbar. Der Tod Liebknechts und der Rosa Luxemburg ruft die Unabhängigen auf den Plan. Sie wollen einen Generalstreik inszenieren. Wenn tatsächlich im ganzen Reiche die Arbeit auch nur einen vollen Tag ruht, so bedeutet für unser Wirtschaftsleben dies einen außerordentlichen Schaden, der in seinen Folgen noch nicht abzusehen ist. Streiks, Arbeitsniederlegungen zu Demonstrationszwecken erschüttern unseren Wirtschaftskörper immer mehr, so daß sich dieser in einem dauernden Fieberzustand befindet, der die Katastrophe geradezu herbeiführt.

Weder Streik, noch gesetzliche Niederlegungen der Arbeit zur politischen Propaganda können uns helfen. Was uns bitter not tut, ist die Ordnung und Regelung der täglichen Arbeit. Es geht nicht an, daß das tägliche Arbeitspensum durch Unterbrechungen gestört wird, es ist ein Mißstand, daß auf der einen Seite Tausende von Arbeitern nach Arbeit suchen und auf der anderen Seite es überall an Kräften zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft fehlt. Da liegt ein Fehler vor, den zu beseitigen die dringendste Aufgabe der Regierung ist, um ein geordnetes Staatswesen wieder herzurichten.

Von wesentlichem Wert würde dazu die Herstellung der freien Wirtschaft wieder sein, die uns den Weg ins Ausland bahnen wird. Unsere Regierung beabsichtigt ja nächstbeinhin das Gegenteil. Sie sieht den Kriegssozialismus als Grundlage an, auf den weiter gebaut werden kann im sozialistischen Sinn. Dagegen müssen sich alle Kreise von Handel, Industrie und Landwirtschaft mit allen Mitteln wenden. Die Arbeiterschaft selbst ist sonst der leidtragende Teil! Die Z. E. G. ist zwar verschwunden, aber der Geist der Z. E. G. spukt noch in Berlin, wie die Mahnung eines Geschickts herum.

Unsere Ernährungsaussichten sind durch die neuen Forderungen nicht sehr rosig. Die Hungernot kann durch derartige Vergewaltigungen bei uns in schlimmster Weise auftreten. Hunger löst alle Bande von Zucht und Ordnung (soweit sie noch bestehen) und bedeutet Bolschewismus. Dieser aber ist unser Tod. Qu.

*

Kohlenförderung.

Bei den dem Halleschen Bergwerks-Verein angeschlossenen Werken hat sich die Kohlenförderung und Brikettherstellung in den vergangenen Monaten wie folgt entwickelt:

	Förderung in to	Brikettherstellg. in to	Leistung je Mann bezogen auf die Kohlenförderg. to	Leistung je Mann bezogen auf die Brikette to
Juli 1918 . . .	1 495 869	349 788	5,55	0,84
August 1918 . . .	1 505 907	350 628	5,44	0,81
September 1918 .	1 464 312	315 250	5,64	0,78
Oktober 1918 . . .	1 378 742	305 920	5,36	0,78
November 1918 . .	1 155 767	223 455	5,15	0,65
1.—15. Dez. 1918 .	398 919	74 081	4,34	0,51

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die Kohlenförderung in der ersten Hälfte des Monat Dezember nur 53 Prozent der Förderung im Juli und die Brikettherstellung nur 42 Proz. der Herstellung vom Monat Juli betragen hat, obgleich die Abraumbetriebe größtenteils eingestellt und die Leute in den Gruben und Brikettfabriken beschäftigt wurden.

*

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 20. Januar. Der ruhige Gang der Wahlen hatte die Börsenpreise in ihrer optimistischen Auffassung der Gesamtlage bestärkt, und demgemäß gestaltete sich der Verkehr anfangs durchaus fest, wobei einzelne Werte der Hütten- und Bergwerksindustrie ansehnliche Kursbesserungen erzielten konnten. Börsentechnische Momente sollen hierbei eine besondere Rolle gespielt haben. 2 Prozent und mehr gewannen die schlesischen Werte, wie Kattowitzer, Oberschlesischer Eisenbahnbedarf und Eisenindustrie. Ferner machte sich Kauflust für die meisten Fachwerte unter Steigerungen von 4—5 Prozent geltend. Wesentlich höher stellten sich Felten und Guillaume, Gebrüder Böhler, Hirsch-Kupfer und Orenstein und Koppel. Auch Daimler gewann ziemlich 3 Prozent. Dagegen gaben Bergmann Elektrik, Köln-Rottweiler und Deutsche Kali nach. Im späteren Verlaufe gab der durch Hamburger Verkäufe verursachte merkliche Rückgang der Schiffahrtsaktien den Anstoß zu einer allgemeinen Abschwächung, infolgedessen die Kurse sich teilweise noch unter den Schlußstand vom Sonnabend senkten. Einzelne Wertpapiere, wie Farbwerte, konnten sich jedoch behaupten. Am Anlagemarkt herrschte Festigkeit für heimische Anleihen. Schantungbahn verloren etwa 2¼ Prozent. Orientbahnaktien gaben gleichfalls nach. Die Börse schloß bei ruhig. Nur die zu Einheitskursen gehandelten Industriewerte stellten sich wesentlich höher.

Produktenbericht

Berlin, 20. Jan. Die Zufuhren von Rauhfutter im Berliner Verkehr mit Landesprodukten blieben hinter den Erwartungen zurück. Einmal liegt dies an den leidigen Transportverhältnissen, dann aber auch, dies gilt hauptsächlich für Getreidehäcksel, haben viele Kreise die Ware nach Aufhören der Heereslieferungen nicht völlig freigegeben, wofür als Grund die Belieferung an Armen, Papier- und Strohstoffrohstofffabriken angegeben wird. Man muß hoffen, daß in Kürze die allgemeine Freigabe erfolgt. Im Handel mit Sommergetreide hat sich nichts geändert. Die Nachfrage nach Hafer kann bei weitem nicht befriedigt werden. Reichlicher zur Verfügung steht Gerste. In Kleesaaten und Grassämereien hat sich das Angebot nicht gemehrt. Auch für Rüböl blieb die Lage unverändert. Wetter regnerisch.

*

* **Neuregelung des Arbeitsverhältnisses in den Zuckerfabriken.** Wie bereits für mehrere andere Industriezweige und Gewerbe, so hat der Arbeitsnachweisverband (Zentralauskunftsstelle) Sachsen-Anhalt e. V. im Verfolg der von den Berliner Zentralstellen ausgehenden wirtschaftlichen Einigungsbestrebungen jetzt auch für die Rohzuckerindustrie die Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer seines Bezirkes in die Wege geleitet. Gegenstand der Errichtung einer „Arbeitsordnung" in Form eines Vertrages zwischen den in Betracht kommenden Bezirksverbänden des Vereins deutscher Zuckerfabriken und des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands. Da die diesjährige Kampagne schon ihrem Ende entgegengeht, ist man übereingekommen, daß die von der Arbeitsgemeinschaft zu treffenden Vereinbarungen erst nach Schluß der Kampagne in Kraft treten sollen. Sicherlich, die noch im Laufe der jetzigen Kampagne entstehenden, falls eine direkte Einigung zwischen der Fabrikleitung und dem Arbeiterausschuß des Betriebes nicht zu erzielen ist, im Benehmen mit dem Fabrikarbeiterverband sich unserer Beilegung lassen.

Berliner Kursberichte

Eisenbahn-Aktien:			
Halberstadt-Blankenb.	93,75	Felten u. Guilleaume	[illegible]
Halle-Leipziger . .	76,25	Gasmotoren Deutz .	[illegible]
Schantungbahn . .	102,25	Gebhardt u. Co. .	[illegible]
Allg. Lokal-Str. .	123,—	Gelsenkirch. Bergb.	[illegible]
Gr. Berl. Str. . .	121,75	Glanziger Zuckerfbr.	[illegible]
Magdeburger Str.-B.	—,—	Hallesche Masch.-Fabr.	[illegible]
Lux. Prins Heinrich.-B.	157,—	Hann. Masch.	[illegible]
Orientbahn . . .	—,—	Harpener Berg . .	[illegible]
		Hasper Eisen . . .	[illegible]
		Hirsch Kupfer . . .	[illegible]
Schiffahrts-Akt.:		Höchster Farbw. .	[illegible]
Hambg. Paketfahrt	94,50	Hoesch Eisen u. Stahl	[illegible]
Hambg.-Südamerika	143,—	Hohenlohe-Werke . .	[illegible]
Hansa-Dampfschiff	192,—	Humboldt-Masch.	[illegible]
Nordd. Lloyd	97,—	Ilse-Bergbau . . .	[illegible]
		Kahla-Porzellan . .	[illegible]
Banken:		Kaliw. Aschersleben	[illegible]
Bank für Thür.	—,—	Körbisd. Zucker-Akt.	[illegible]
Berl. Handelsges. .	155,50	Kyffhäuserhütte . .	[illegible]
Comm u. Diskontobank	121,—	Lahmeyer u. Co. . .	[illegible]
Darmstädter Bank	115,—	Lauchhammer . . .	[illegible]
Deus. Landesbank .	—,—	Laurahütte . . .	[illegible]
Deutsche Bank . .	203,50	Linke u. Hofmann .	[illegible]
Diskonto-Comm. .	166,—	Ludwig Loewe u. Co.	[illegible]
Dresdner Bank . .	144,75	Lothringer Hütte .	[illegible]
Credit-Anst. Leipzig	143,—	Mannesmannröhren	[illegible]
Mitteld. Kreditbank	117,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	[illegible]
Nationalbank . . .	—,—	do. Caro Reg. .	[illegible]
Oestern. Kredit . .	—,—	do. Kokswerke .	[illegible]
Reichsbank . . .	129,75	Orenstein u Koppel	[illegible]
		Phönix-Bergb. . .	[illegible]
Industrie-Aktien:		Rhein. Metall-Vers.	[illegible]
Schultheiss-Brauerei .	231,75	Rhein Stahlwerken	[illegible]
Akt. f. Anilin . .	229,—	Riebeck Montan . .	[illegible]
Allgem. Elektr.-Ges.	174,¾	Rombacher Hütten .	[illegible]
Ammendorfer Papierf.	—,—	Rositzer Braunk. .	[illegible]
Anhalter Kohlenw. .	175,—	Rositzer Zucker . .	[illegible]
Annaberger Steingut .	165,—	Sangerhäuser Masch.	[illegible]
Badische Anilin . .	233,—	Hugo Schneider u. Co.	[illegible]
Bergmann-Elekt.-Akt.	146,—	Schuckert u. Co. .	[illegible]
Berl. Masch.-Bau . .	210,—	Siemens u. Halske .	[illegible]
Bismarckhütte . .	168,50	Stettiner Vulkan .	[illegible]
Bochumer Gußstahl .	199,—	Stollberger Zink. .	[illegible]
Chem. Fabrik Buckau	171,—	Strals. Spielkarten .	[illegible]
Chem. Griesheim . .	210,—	Thale-Eisenhütte . .	[illegible]
Chem. v. Heyden . .	236,50	Triptis-Akt.-Ges. .	[illegible]
Consolidation Schalke	224,—	Türkische Tabakregie	[illegible]
Crölwitzer Papierfabr.	184,50	Ver. Köln-Rottweiler	[illegible]
Daimler-Motoren . .	166,50	Glanzstoff Elberf.	[illegible]
Deutsch-Luxemburg .	122,75	Wegelin u. Hübner .	[illegible]
Deutsche Ueberseed.-El.	137,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	[illegible]
Deutsche Erdöl . .	240,50	Westeregeln-Alkali .	[illegible]
Deutsche Gasglühl. .	335,—	Wittener Gußstahl .	[illegible]
Deutsche Kali . . .	157,50	Wrede-Mälzerei . .	[illegible]
Deutsche Waff. u. Mun.	169,25	Zelch.-Riebitsch. Brk.	[illegible]
Donnersmarckhütte .	252,—	Zeitzer Masch. . .	[illegible]
Döring u. Lehrmann .	75,75	Zellstoff Waldhof . .	[illegible]
Dürkoppwerke . .	340,—	Otavi-Minen . . .	[illegible]
Elberfelder Farben	278,50		

Soeben gelangte zur Ausgabe:

Die

Verhältniswahl

bei der

deutschen Nationalversammlung

und der

preußischen Landesversammlung

von

Professor Dr. phil. et jur. **Langheineken**

— Preis 40 Pfg. —

Alle die bevorstehenden Wahlen betreffenden Fragen werden vom Verfasser in leichtverständlicher, dabei erschöpfender Weise gelöst. Wer sich über: Wahlrecht, Wahlform, Wahlsystem, Wahlverfahren, Listenverbindung, Ermittlung des Wahlergebnisses usw. unterrichten will, findet im vorliegenden Büchlein alles Wissenswerte verzeichnet.

Für jeden Wähler von größter Bedeutung

Zu haben in den Geschäftsstellen der Deutschnationalen Volkspartei: Alte Promenade 10, Neumarktstr. 3 und in der Geschäftsstelle der Hallischen Zeitung.

Hauptschriftleiter: Heinrich Bötticher.
Verantwortlich für den politischen Teil: Heinrich Bötticher; für Wirtschaft: Ferdinand Querfurt; für die Abteilung Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung sowie für den lokalen Teil: Adolf Meyer; für provinzielle Nachrichten, Gerichtssaal, und Sport und den übrigen redaktionellen Teil: Ferdinand Querfurt; für den Anzeigenteil: Paul Karben; sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Hallischen Zeitung Otto Thiele, Halle a. S.
Verlagsdirektor: Robert Voesch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901211-16/fragment/page=0004